Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.— bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern 10 Pf.

Redaktion und Expedition: 158 Fernsprecher 222 Johannisgasse 8.

Filialexpeditionen: Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3 (Fernspr. Nr. 4646), B. Lösche, Katharinenstraße 14 (Fernsprecher Nr. 2035) u. Königsplatz 7 (Fernsprecher Nr. 7506).

Haupt-Filiale Dresden: Marienstraße 34 (Fernsprecher Amt I Nr. 1713).

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Fernsprecher Amt VI Nr. 4603).

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, nach den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰.

Annahmeschluß für Anzeigen: Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr. Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & W. Klinkhardt).

Nr. 439. — Montag den 29. August 1904. — 98. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Die sächsische Regierung soll bereit sein, bei der preußischen Eisenbahnverwaltung wegen Gewährung von Notstandstarifen für die sächsische Industrie vorstellig zu werden. Man hofft auf Erfolg. (S. Dtsch. Reich.)

* General Sschacharoff setzt seinen Bericht über die Kämpfe der Mantschureiarmee am 27. August fort. (S. Letzte Nachr.)

* Die Stände Finlands wurden durch einen kaiserlichen Erlaß zu einer ordentlichen Session auf den 6. Dezember nach Helsingfors zusammenberufen. (S. Letzte Nachr.)

Ein offenes Wort an die Jungliberalen.

„Von beteiligter jungliberaler Seite" wird der „Natlib. Corresp." geschrieben:

„Auf der Tagesordnung des Vertretertages am 3. und 4. September in Leipzig steht zur Beratung in öffentlicher Versammlung ein Punkt: „Richtlinien für ein liberales Schulprogramm." Und dazu ein Antrag des jungliberalen Vereins Aachen: „Der nationalliberale Jugendverein zu Aachen hält die Festlegung eines jungliberalen Schulprogramms für verfehlt und beantragt, davon Abstand zu nehmen." Es dürfte angebracht sein, zu diesen beiden Anträgen ein paar Worte zu sagen.

Ich will dahingestellt sein lassen, ob die Antragsteller zum öffentlichen Thema sich klar darüber gewesen sind, welche Konsequenzen sich an die Diskussion, respektive an einen Beschlußantrag anknüpfen. Man bedenke: in der beginnenden Wintersitzung des Abgeordnetenhauses wird jedenfalls der Schulantrag zur Beratung kommen. Des langen und breiten ist schon pro et contra geschrieben und gesprochen worden, bis die Resolution des Zentralvorstandes allen Mutmaßungen gegenüber eine feste Unterlage gab. Glaubt man denn nun wirklich, die schwere Arbeit der Fraktion dadurch zu fördern, wenn man kurz vor der Beratung sich in Zukunftsmusik ergeht und ein Schulprogramm aufstellt, das der Wirklichkeit wohl kaum entsprechen kann? Oder glauben die Parteigenossen in den jungliberalen Vereinen, daß es den nationalliberalen Abgeordneten möglich sein wird, den jungliberalen Wünschen, die ja laut und deutlich genug ertönten, in so weitgehendem Maße Rechnung zu tragen, wie es erhofft wird? Nein! Im Gegenteil! Durch etwaige übereilte Beschlüsse kann die heikle Angelegenheit, die ja nun so weit gediehen, auf einen toten Punkt gebracht werden, wo sich die so notwendige Regelung der Schulfrage, des Schulunterhaltungsgesetzes, der Schulinspektion usw. als unmöglich erweist.

Gefreut habe ich mich über den Antrag, der die Festlegung auf ein jungliberales Schulprogramm für verfehlt hält und damit zum Ausdruck bringt, daß die Jungliberalen sich unmöglich ein eigenes Schulprogramm geben können. Aber mit dem Aachener Antrag soll doch wohl hinsichtlich des Antrages des Reichsverbandes gesagt werden: Verfrüht, verfrüht! Daher abwarten, was die Beratungen im Abgeordnetenhause bringen werden, Vertrauen zu den Führern und Abgeordneten, und dann auf der Basis gezeitigter Beschlüsse weiterbauen! Das ist die Konsequenz der besseren Einsicht, die den schon festgesetzten Frankfurter Tag verschob. Hierin werden mir alle erfahrenen Parteifreunde beistimmen.

Und dann möge man sich die Beschlüsse des Zentrumstages vor Augen halten:

„Wir fordern die konfessionelle Volksschule namens der Kirche, der die Kinder durch die Taufe angehören, und namens der Eltern. Wir fordern die konfessionelle Volksschule aber ganz und voll. (Endloser Beifall.) In der Schule muß alles ineinandergreifen, wenn die Kinder nach der Wahrheit und den Grundsätzen ihres Glaubens herangebildet werden sollen. Und darum ist die Hauptsache der Lehrer. Deshalb ist auch die konfessionelle Heranbildung der Lehrer eine Hauptanforderung. (Stürmischer Beifall.) Die Simultanschule ist eine Schule der Unduldsamkeit, die erste Etappe zur Religionslosigkeit. (Beifall.) Religion ohne Konfession ist Konfusion. (Erneuter stürmischer Beifall.) . . . Die Religion soll nicht die Magd der Schule sein. Und das sage ich nicht blos für die Volksschulen, sondern auch für unsere Mittelschulen und auch für die Universitäten."

Haben unsere Freunde diese Auslassungen Dr. Schädlers auf dem Katholikentag vernommen? Die Meinung der Partei, die die Macht augenblicklich in Deutschland hat, und der die Fürsten persönlich den Willkommsgruß entboten? Und glauben die Herren, trotz dieser Kundgebung mit einem entschieden simultanen Schulprogramm durchdringen zu können? Oder meinen Sie nicht, daß es ein Zug politischer Klugheit war, der die nationalliberalen Abgeordneten in dieser Frage mit den Konservativen verbündete? Wie die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses ausfallen werden, mag dahingestellt bleiben. Aber ich betone nochmals, wie die Aachener: Ein liberales Schulprogramm aufzustellen, jetzt, wo in kurzer Zeit der Kampf beginnt, ist mindestens verfrüht. Und deshalb glaube ich, und mit mir wohl alle Einsichtigen unter den Jungliberalen, daß der Antrag Aachen den Sieg davontragen wird. Das Gegenteil wäre bedauerlich.

Noch eins. Von Süddeutschland her macht sich ein Drängen nach Ungebundenheit bemerkbar. Nicht gebunden durch die Partei, sondern unabhängig neben der Partei — nur so sei es den Jungliberalen möglich, sich frei zu entfalten. Deshalb auch die Antipathie gegen die Altersgrenze. Aber die Herren mögen es sich gesagt sein lassen, die als Stürmer und Dränger zerren und ziehen: die jungliberale Bewegung wird erstarken und kräftig sein in der Partei, oder sie wird nicht sein. Von Anfang an war das Prinzip der Jungliberalen: bis 40 Jahre im jungen, dann im alten Verein; und in beiden als treue, tüchtige und mitarbeitende Parteigenossen! Was soll das Rufen nach Ungebundenheit? Sind die Herren jetzt geknebelt und gebunden? Die jungliberale Bewegung soll eine Verjüngung der Partei bedeuten — aber auf dem Wege, den so manche Herren jetzt beschreiten wollen, vermag so manch einer kein Heil für die Partei zu ersehen.

Eine dringliche Bitte habe ich für den Delegiertentag auf dem Herzen: Ruhige und sachliche Erwägung der gegebenen Verhältnisse nach allen Seiten. Nur so kann die Beratung dem Verband und der Partei zum Segen gereichen. Mit hohen tönenden Worten erzwingt man keine praktischen Ziele — und wir haben sehr nötig, praktisch tätig zu sein — Feinde ringsum! Daß der Vertretertag in den beiden so äußerst wichtigen Fragen einen Beschluß fassen möge, der in allen nationalliberalen Kreisen, alten und jungen, mit leichtem Herzen und froh begrüßt werden kann, das ist mein Wunsch und der Wunsch aller derer, die es ernst und ehrlich mit der Partei meinen.

Darum nochmals: nicht im ersten Feuer losschlagen, sondern ruhig überlegen und erwägen. Und wenn die Parteigenossen in Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse ihre Entschlüsse fassen und mit den Tatsachen rechnen, dann wird auch der Leipziger Vertretertag einen Schritt vorwärts bedeuten und Segen bringen, und es wird wieder Friede einkehren in Trojas Hallen."

Nun, auch uns ist „von beteiligter jungliberaler Seite" geschrieben worden, freilich in ganz anderem Sinne als der von Partei wegen auf das ruinöse Utilitätsprinzip festgelegten „Nationalliberale Korresp.". Aber wir fühlten uns doch verpflichtet, auch einmal die Gründe für das Kompromiß ausführlich wiederzugeben, ehe wir abermals gegen dies schwächliche Produkt der Halb- und Lauheit hart und scharf zu machen versuchen werden.

Der Aufstand der Herero.

Verstärkungstransport.

Für den neuen Verstärkungstransport ist noch der zur Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft gehörige Dampfer „Santa Fé" vom Reichsmarineamt gechartert worden. Der Dampfer wird am 30. August zusammen mit dem gecharterten Dampfer „Alexandra Woermann" nach Swakopmund abgehen und einen großen Posten Verpflegungsmaterialien für die in Deutsch-Südwestafrika befindlichen Pferde befördern. Er erhält eine Ladung von ungefähr 45 000 Sack Hafer und außerdem eine Ladung Kohlen für die dortige Eisenbahn.

Der russisch-japanische Krieg.

Die befriedigende Lösung der Shanghaifrage.

Die genaueren Berichte über die Frage der Abrüstung der in Shanghai liegenden russischen Schiffe lassen erkennen, daß der Befehl des Zaren, die Schiffe zu desarmieren, noch eben rechtzeitig kam, um höchst bedenkliche Zustände und Ereignisse zu verhindern. Am Dienstag morgen begab sich der Taotai von Shanghai zum englischen Generalkonsul und forderte diesen auf, die Reparaturarbeiten an dem „Askold" zu verhindern. Zu diesem schlauen Schritt, durch den die Verantwortung auf England abgewälzt wurde, war der Taotai angeblich dadurch gekommen, daß das Dock, in dem der „Askold" liegt, englisches Eigentum ist. Der Generalkonsul antwortete, daß er am nächsten Tage die nötigen Schritte tun werde und verhandelte mittlerweile mit dem russischen Konsul, der um eine Verlängerung der Zeitgrenze bat. Der englische Konsul war bereit, dem Schiffe einen weiteren Tag zu gestatten. Diese kurze Frist benutzte aber der russische Gesandte in Peking, um auf den Weiwupu einen solchen Druck auszuüben, daß dieser dem Taotai befahl, den russischen Schiffen eine Aufenthaltsverlängerung bis Sonntag mittag zu gewähren. Die Gründe, die der russische Gesandte für diese Aufenthaltsverlängerung geltend gemacht hatte, waren die Wasserverhältnisse, die dem „Askold" augenblicklich ein Verlassen des Docks unmöglich machten. So weit war an dem Beschluß des Weiwupu nichts auszusetzen. Aber dieser erlaubte gleichzeitig dem russischen Schiff, seine Reparaturarbeiten bis Sonntag fortzusetzen, und der „Askold" würde infolgedessen am Sonntag nicht nur fertlichtig, sondern kampffähig den Hafen haben verlassen können. (?) Die Konsuln in Schanghai erkannten sofort die große Gefahr, die in dieser Erlaubnis der chinesischen Regierung enthalten war, und der japanische Konsul empfahl, ebenso wie der Gesandte in Peking, der Regierung in Tokio energische Maßnahmen. Die japanische Regierung teilte ihrerseits mit, daß sie, falls sie zum gewaltsamen Einschreiten genötigt sein sollte, den fremdländischen Konsuls und den Kommandanten der neutralen Schiffe vorher Mitteilung zugehen lassen würde. Als die Lage sich in dieser Weise gefährlich zugespitzt hatte, kam die erlösende Meldung aus Peking, daß der Zar die sofortige Abrüstung der beiden Schiffe befohlen habe. Es ist interessant, aus einem Reutertelegramm vom 25. August zu ersehen, daß die Offiziere und Mannschaften des „Askold" von Anfang an für die Abrüstung des Schiffes waren, da sie ganz genau wußten, daß jeder anders lautende Befehl für das wunde Schiff nichts weiter als Untergang und für dessen Mannschaften den Tod bedeuten würde. Die Leute sollen, als der erste Befehl kam, beschleunigt an den Reparaturen zu arbeiten und am Sonntag den schützenden Hafen zu verlassen, eine große Niedergeschlagenheit gezeigt haben. Der russische Gesandte in Peking schien aber unbeugsam zu sein und von einer Abrüstung nichts wissen zu wollen. Schließlich legten sich die Dockvorsteher ins Mittel und erklärten einfach, daß eine Reparatur bis Sonntag nicht möglich sei. Wieder arbeitete der Draht zwischen Shanghai und Peking und endlich lief die erlösende Nachricht ein, daß die Schiffe abzurüsten hätten. Dies geschieht offiziell unter Aufsicht der chinesischen Regierung, die dabei durch die Zollbehörden vertreten ist. Sobald die Schiffe genügend zusammengeflickt sind, werden sie neben der „Mandschur" verankert werden. Der Zar hat die Freude der braven Schiffsbesatzungen dadurch vollständig gemacht, daß er ihnen telegraphisch seine Anerkennung und seine Gratulation zu der Rettung der Schiffe aussprach. In Shanghai atmet man auf und die japanische Flotte, die noch vor der Mündung des Yangtse liegt und deren Geschütze man im Geiste schon Verheerungen in dem friedlichen Settlement anrichten sah, wird abdampfen, sobald der japanische Admiral die Ueberzeugung gewonnen hat, daß der „Askold" und die „Grosowoi" in gründlicher Weise abgerüstet sind.

Deutsches Reich.

* Leipzig, 28. August.

* **Die Notstandstarife für die sächsische Industrie** finden eine warme Fürsprache im — „Vaterland". Wir fürchten auch nicht, an unserer liberalen Gesinnung Schaden zu nehmen, wenn wir unsere aufrichtige Anerkennung für die sachlich wohl begründete und außerordentlich sympathische Art der Behandlung dieser wichtigen Materie in dem konservativen Organ aussprechen. Der resumierende Abschnitt des Artikels lautet:

Ein gewisser Notstand ist also zweifellos vorhanden, ein Notstand, der sich nicht auf einen kleinen Kreis von Unternehmern beschränkt, sondern üble Rückwirkungen auf die gesamte sächsische Volkswirtschaft übt. Im Interesse der Erhaltung der von der Kalamität betroffenen Industriezweige, sowie der darin beschäftigten Arbeiterschaft, erscheint es uns geboten, daß eine staatliche Hülfsaktion insofern eingeleitet wird, als eine Ermäßigung der Eisenbahnfrachtsätze in den hierbei in Frage kommenden Verkehren bis zum Wiederbeginn der Schiffahrt durchgeführt wird. Diese Ermäßigung hat aber nur dann einen Zweck, wenn Preußen ebenfalls Notstandstarife für Industrie und Handel einführt. Wenn wir nicht falsch unterrichtet sind, wird die sächsische Regierung sich dem vielfach laut gewordenen Wunsche gegenüber nicht ablehnend verhalten, bei der preußischen Eisenbahnverwaltung die Interessen der sächsischen Industrie zu vertreten. Da in vielen preußischen Bezirken die Verhältnisse ähnlich wie in Sachsen liegen und die preußischen Industriellen ihre Klagen ebenfalls mit Nachdruck den in Frage kommenden Berliner Stellen gegenüber vorbringen, ist die Hoffnung nicht ganz unberechtigt, daß die sächsischen Vorstellungen nicht ohne Erfolg bleiben werden. In Sachsen erwartet man von Preußen, daß es auch in diesem Falle seine Bundestreue betätigen wird, um so mehr, als die sächsische Industrie in ihren Forderungen nicht unbescheiden ist; sie „wünscht keine Tarifnachlässe, die geradezu Zuschüsse erfordern, sondern nur vorübergehenden Verzicht auf mehr oder weniger großen Gewinn bei diesen der Bahn nur ganz ausnahmsweise und unerwartet überhaupt zufallenden Frachten".

*

Berlin, 28. August.

* **Der Kaiser und die Kaiserin** unternahmen heute morgen einen Spaziergang in der Umgebung des Neuen Palais. Mittags begaben die Majestäten sich nach Berlin zu der Nagelung und Weihe einer größeren Anzahl neuer Fahnen und Standarten und der Weihe einiger älterer Fahnen im Zeughause. Vor dem Zeughause erwies die Leibkompagnie des 1. Garde-Regiments z. F., an deren rechten Flügel die direkten Vorgesetzten Aufstellung genommen hatten, die Honneurs. Mit den Majestäten trafen ein der Kronprinz, Prinz Eitel Friedrich, Prinz Heinrich, Prinzessin Victoria Luise, ferner Prinz und Prinzessin Friedrich Leopold und Prinz Joachim Albrecht. Die neuen Fahnen lagen auf Tischen in der Ruhmeshalle bereit. Im Zeughaus hatten sich versammelt die direkten Vorgesetzten der in Frage kommenden Truppenteile bis zu den Korpskommandeuren, das Hauptquartier und die Gefolge, der Reichskanzler, die Generalobersten v. Hahnke und Graf Schlieffen, der Kriegsminister, die Militärbevollmächtigten und Truppenabordnungen. Nach der Nagelung vollzog im Lichthof Militäroberpfarrer Konsistorialrat Wölfing die Weihe in Gegenwart des katholischen Feldpropstes der Armee. Die Kapelle des Kaiser Alexander-Regiments führte die Musik aus, die Leibbatterie des 1. Garde-Feldartillerie-Regiments feuerte im Luftgarten Salut. Die geweihten Fahnen wurden an die Spitze der Ehrenkompagnie gebracht, die sodann gefolgt von der Leibbatterie einen Vorbeimarsch vor dem Kaiser ausführte, wobei Prinz Eitel Friedrich eintrat. — Im Königlichen Schlosse empfing der Kaiser den bisher in Wien akkreditiert gewesenen neuen schweizerischen Gesandten de Claparède. Zur Frühstückstafel bei Ihren Majestäten waren außer dem Prinzen Heinrich geladen Prinz und Prinzessin Max Ratibor und Gesandter Freiherr von Rotenhan. Nachmittags 3 Uhr kehrten die Majestäten nach dem Neuen Palais zurück.

* **Für die neue „Deutsche Mittelstandspartei"** sind folgende programmatische Forderungen aufgestellt worden: 1. Regelung des Submissionswesens; 2. Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker; 3. Beseitigung der durch die Gefängnis- und Zuchthausarbeiten den selbständigen Handwerkern bereiteten Konkurrenz; 4. Abschaffung der Institution der Oekonomiehandwerker; 5. Heranziehung der Großbetriebe zu den Kosten für die Fachschulen und die sonstige Ausbildung der Lehrlinge, sowie für die Arbeitsnachweise der Innungen; 6. Lehren darf nur derjenige, der ordnungsgemäß gelernt und den Meistertitel erworben hat; 7. Gerechtere Verteilung der durch die Kranken-, Invaliditäts- und Unfallversicherungsgesetzgebung entstehenden Lasten; 8. Abschluß guter Handelsverträge für den deutschen Mittelstand und Schutz der nationalen Arbeit; 9. Einschränkung der übermäßigen Koalitionsfreiheit und Beseitigung des zum groben Unfug ausgearteten Streikpostenstehens, sowie der Verrufserklärung von Werkstätten und Betrieben; 10. Aenderung des § 34 des Unfallversicherungsgesetzes (Ansammlung eines Reservefonds von 650 Millionen); 11. Beseitigung der Auswüchse der Konsum- und Rabattsparvereine; 12. Einführung einer wirksamen Warenhaussteuer. — Ein Aufruf, der die Männer des Mittelstandes auffordert, sich der neuen Partei anzuschließen, ist unterzeichnet vom Zentralausschuß der vereinigten Innungsverbände Deutschlands, vom Innungsausschuß der vereinigten Innungen zu Berlin, der Mittelstandsvereinigung, Zentrale Hannover, dem Bund der Handwerker und dem Allgemeinen Verein der Gewerbetreibenden Deutschlands.

* **Die trauernde „Germania".** Die „Germania" ist in tiefe Betrübnis versetzt. Die italienische Regierung wird auf dem vom 20. bis 22. September in Rom tagenden internationalen Freidenker-Kongreß vertreten sein. Darob jammert das Zentrumsblatt: „Die Abhaltung des Freidenker-Kongresses in der Hauptstadt der Christenheit soll eine Demonstration gegen den Katholizismus sein und dabei beteiligt sich offiziell die Regierung eines Landes, in dessen Verfassung § 1 lautet: „Die katholische Religion ist die Staatsreligion!"

— Für die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine soll eine Tageszeitung erscheinen, als deren Redakteur der bisherige Redakteur des „Gewerkverein", Abgeordneter Goldschmidt, genannt wird.

*

* Kiel, 27. August. Dem früheren protestlerischen Reichs- und Landtagskandidaten in den Wahlkreisen Flensburg und Apenrade-Sonderburg, Hofbesitzer Wolff-Gammelgab, wurde 1903 eröffnet, daß er nicht preußischer Staatsangehöriger sei und somit als Kreistagsabgeordneter auszuscheiden habe. Wolff erhob gegen diese Entscheidung Einspruch. Das Oberverwaltungsgericht hat jetzt endgültig die Beschwerde zurückgewiesen. Somit ist die dänische Staatsangehörigkeit Wolffs unbestritten.

* Essen (Ruhr), 27. August. Während der letzten Jahre sind hier im Baugewerbe wiederholt Lohnkämpfe ausgebrochen, welche auch die rechtzeitige Fertigstellung städtischer Bauten in Frage stellten. Um Nachteile für die Verwaltung zu vermeiden, will der Oberbürgermeister Zweigert den Versuch machen, für das Jahr 1905 für die städtischen Bauten zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern einen Tarif zu vereinbaren. In einem an den Arbeitgeberverband für das Baugewerbe, das Lohnkartell der christlichen Gewerkschaften und an das Gewerkschaftskartell in Essen gerichteten Rundschreiben wird die Einberufung einer gemeinsamen Versammlung ins Auge gefaßt, die über die Lohnsätze für das Jahr 1905 zu beschließen hätte. Es würde sich um die Vereinbarung von Lohntarifen für folgende Baugewerbe handeln: 1. die Maurer, 2. die Zimmerleute, 3. die Bauhilfsarbeiter, 4. die Maler und Anstreicher, 5. die Putzer und Stuckateure, 6. die Dachdecker, 7. die Schreiner, 8. die Bauklempner, 9. die Bauschlosser.

* Detmold, 27. August. Die Sozialdemokraten des Fürstentums haben beschlossen, bei den demnächst stattfindenden Landtagswahlen in allen Kreisen für die dritte Klasse Kandidaten aufzustellen und in eine rege Agitation einzutreten. Sie haben jetzt drei Sitze im Landtage inne. Ob es ihnen möglich sein wird, viel mehr Mandate zu gewinnen, erscheint zunächst noch fraglich.

* **Aus Bayern.** Bayerisches Zentrum und Sozialdemokratie. Von dem von einflußreichen Führern der bayerischen Sozialdemokraten begünstigten Zusammengehen der Sozialdemokratie mit dem Zentrum bei den nächsten allgemeinen Landtagswahlen in Bayern will man in weiten Kreisen der pfälzischen Sozialdemokraten nichts wissen. Das wird mit rückhaltloser Deutlichkeit in Resolutionen zum Ausdruck gebracht, die unlängst von den sozialdemokratischen Vereinen in Lambsheim und Marxdorf angenommen worden sind. In der Lambsheimer Resolution wird gesagt: „In Anbetracht der Tatsache, daß das Zentrum überall, wo es die Majorität besitzt, diese benützt, um das Volk zu entrechten und sich an allen gegen das Volk gerichteten Anschlägen beteiligt, ist bei den kommenden Landtagswahlen ein Kompromiß mit dem Zentrum zu vermeiden und darauf zu achten, daß eine Zentrumsmajorität nicht zustande kommt." — In ähnlicher Weise spricht sich die von dem Marxdorfer sozialdemokratischen Verein angenommene Resolution gegen ein Bündnis mit dem Zentrum aus. In dieser Resolution wird den Parteigenossen mit kurzen Worten empfohlen, „sich bei der nächsten Wahl lieber der Abstimmung zu enthalten, als Zentrum zu wählen." — So wie die Lambsheimer und Marxdorfer Sozialdemokraten denkt nach der Augsb. Abendztg. im Gegensatze zu den Herren v. Vollmar, Ehrhart und einigen anderen bayerischen sozialdemokratischen Parteigrößen die große Mehrzahl der pfälzischen Sozialdemokraten.